

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 7-8

Artikel: Neue Politik und konkrete Machtmechanismen : helvetische Realität
Autor: Engler, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340140>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Helvetische Realität

Von Urs Engler

Eigentlich — so sollte man meinen — müsste das Thema «SPS» erledigt sein: Schliesslich soll es ja am Parteitag vom 11./12. Februar 1984 in Bern nach Meinung engagierter Befürworter eines Bundesratsaustrittes um nichts weniger gegangen sein als um das Überleben der SPS. Bekanntlich hat sich aber der Parteitag für ein Verbleiben im Bundesrat und damit offenbar gegen das «Überleben» ausgesprochen . . .

Und doch geht es weiter: In Biel haben sich frustrierte Unterlegene zum Diskutieren verschiedener Szenarien getroffen, in Bern übt sich die Fraktion im Unbequemsein — und im Lande draussen ist man wieder weitgehend zur Tagesordnung übergegangen.

Motivationen

Es gibt viele Motivationen zur politischen Betätigung und zum Anschluss an eine Partei — und an die SPS im besondern.

Da ist einmal — um damit zu beginnen — die schlichte Freude am «politischen Betrieb» und das Bedürfnis nach Erlebnissen, die einem dieser verschaffen kann.

Dann gibt es den Wunsch, irgendeinen rechten oder linken Zipfel der Macht mitzuhalten — sei es aus einem diffusen Vorsorgebedürfnis oder aus kalkulierte Karrierestreben.

Und schliesslich gibt es glücklicherweise neben weitem Motiven auch das Streben nach Veränderungen für eine bessere Gesellschaft. Diese Motivationsebenen können sich ergänzen, aber auch gegenseitig unterhöhlen. Dennoch dürften sie in un-

terschiedlicher Intensität wohl bei den allermeisten Genossen — eingestanden oder uneingestanden — wirksam sein.

Solche Motivationsebenen können auch das Auftreten einer Partei gegen aussen mitbestimmen. Auch hier können die Grenzen zum Beispiel zwischen unverbindlicher «Image-Pflege», kaltem Machtstreben und ideellem Kampf für eine bessere Welt fließend und schwer auszumachen sein.

Auch beim Wähler und blossen Politikonsumenten dürften im übrigen derartige Motivationssebenen zu unterscheiden sein. In einer Partei ist all dies untrennbar verflochten. Eine Partei ist mancherlei — und sie muss dies auch sein! Wo jedoch die verschiedenen Ebenen allzu sehr durcheinander geraten, leidet etwas, was immer wichtiger wird: die Glaubwürdigkeit.

Glaubwürdigkeit

Auch die SPS kann ihre idealen Ziele nur erreichen, wenn es ihr gelingt, viele Menschen durch eine glaubwürdige Politik zu überzeugen. Es genügt hierzu nicht, recht zu haben und selbst davon überzeugt zu sein.

Die «öffentliche Meinung» ist im Zeitalter der Massenkommunikation zu einer schwer definierbaren, aber mächtigen Instanz geworden. Einerseits verbreitet sich eine Pseudo-Vertrautheit mit dem unmittelbar Sichtbaren. Das Empfinden, dass dies nicht das Ganze sein kann, verbunden mit der Unfähigkeit zu tieferen Einblicken, lässt aber andererseits die Frage nach der Glaubwürdigkeit zur entscheidenden werden.

«Glaubwürdig» ist dabei nicht einfach ein vermeintlicher Mehrheitsstandpunkt. Entscheidend ist vielmehr, dass einer Partei abgenommen wird, dass sie das verbal Vertretene auch wirklich durchsetzen will. Loyalitäts- und Legitimationsprobleme entstehen — einfach gesagt — dann, wenn das Stimmengewirr aus den verschiedenen Motivationsebenen für den Betrachter und Zuhörer kaum noch verständlich ist. Auch der übersättigte Politikonsument scheint sich hier noch ein recht feines Sensorium bewahrt zu haben.

So leidet die Glaubwürdigkeit, wenn man beispielsweise nicht mehr wissen kann, ob der Bundesratsaustritt eigentlich bloss vertreten wird, um «richtig im Wind» zu liegen, oder ob diesem Entscheid grundsätzlichere Perspektiven zugrunde liegen. Mehrheiten, die das Auftreten einer Partei in entscheidenden Fragen gegen aussen bestimmen sollen, müssen daher auf der gleichen Motivationsebene errungen werden. Die Glaubwürdigkeit der Partei ist in Gefahr, wenn eine überzeugte Minderheit nur deshalb zur Mehrheit wird, weil sich ihr eine grosse Zahl von Opportunisten anschliesst.

Unbequemsein genügt nicht

Niemand kann behaupten, das Drum und Dran um den Bundesratsaustritt habe die Glaubwürdigkeit unserer Partei gefördert. Diese aber muss nun gefestigt werden.

Dies setzt vor allem voraus, dass die eigenen Möglichkeiten und Grenzen im Auge behalten werden. Eine glaubwürdige Politik muss von der Überzeugung und der Loyalität der handelnden Personen und nicht von taktischen Erwägungen und Rücksichtnahmen getragen werden.

Zu warnen ist daher vor Versuchen, eine äussere formale Ge-

schlossenheit ohne innere Überzeugung erreichen zu wollen. Ein überzeugt und mutig vertretener Minderheitsstandpunkt innerhalb des breiten sozialdemokratischen Meinungsspektrums kann der Glaubwürdigkeit unserer Politik nur förderlich sein.

Auch die Erklärung, künftig «schandbar unbequem» sein zu wollen, fördert die Glaubwürdigkeit erst, wenn es gelingt, diesen politischen Stil mit überzeugenden Inhalten zu vertreten. Die Glaubwürdigkeit leidet aber, wenn der Stil letztlich dazu dient, das Fehlen solcher Inhalte zu verbergen.

Zurzeit stehen wir noch mitten in einem Prozess grundlegender Akzentverschiebungen: Nach wie vor gibt es im Kreise der SPS und ihrer Sympathisanten Anhänger der klassischen Fortschrittspolitik. Daneben ist der Anteil jener, die eine eher sozi-

alökologische Richtung verfolgen, im Zunehmen. Bei diesen bemühen sich viele, das Vertretene auch zu leben.

Es ist nun letztlich aussichtslos, diesen Prozess gegen innen mit Verketzerungen und gegen aussen mit inhaltsleeren Kompromissformeln überspielen und überspringen zu wollen.

Realitäten

Aufgabe der SPS-Politik muss es weiterhin sein, die Chancen des Einfließens der «neuen Politik» in die konkreten Machtmechanismen zu wahren. Selbst wo Wandlungen dringlich erscheinen, muss hier das Bedürfnis nach Veränderungen mit Geduld gepaart bleiben.

In dieser Beziehung wirken sich die Gesetze der politischen Schwerkraft bei den neuen politischen Bewegungen anders aus. Sie sind denn auch zu einer

entscheidenden Ergänzung der traditionellen Parteipolitik geworden. Ihnen ist gerade seitens der SPS mit Offenheit und Toleranz zu begegnen, solange sie sich nicht als Partei in der Partei oder als Gegenpartei etablieren.

Für viele Aktive in unserer Partei war der Berner Parteitag ein frustrierendes Erlebnis. Doch er war es nicht wegen der aufmarschierten «Karteileichen» (so eine Zürcher Delegierte), sondern wegen der helvetischen Realität, mit der man hier vielleicht unsanft konfrontiert worden ist.

Die SPS ist Teil dieser Realität. Hier liegen ihre Stärke und ihre Chancen — aber auch notgedrungen ihre Grenzen.

Doch solche Grenzen sind nicht unverrückbar! Auch manche «Sieger» sind am Abend des 12. Februars 1984 nachdenklich nach Hause gefahren . . .

Tagung der demokratischen Sozialisten der Alpenländer

Die «Alpensozis» und ihre Kultur

Ein Bericht von Anna Ratti

Montafoner Tage

Die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten der Alpenländer, kurz «Alpensozis» genannt, führte im Frühling eine Tagung über Kultur in den Alpen am Beispiel Montafon durch. Die Tagung wurde zum Ereignis, an das wir uns aus vielfältigen Gründen gerne erinnern werden. Es ging um Alltagskultur, und als Resultat sollte kein Papier entstehen — sondern Lust, Freude und Willen, eigene Kultur zu entwickeln.

Der Ort

Tagungsort war St. Gallenkirch, eine Gemeinde im vorarlbergi-

schen Montafon. Dieses Tal ist eine typische Berggebietsrandregion, ursprünglich rein landwirtschaftlich geprägt und arm, nun mit Wasserkraftwerken und Fremdenverkehr «gesegnet».

Wie uns die einheimischen älteren Genossen berichteten, zogen früher die Montafoner Kinder ins «Schwabenland», um gegen harte Arbeit ihr Essen zu verdienen. Die Kleinbauern verdingten sich als Maurer, Stukkateure, Zimmerleute und Hausierer in halb Europa — die Mädchen verdienten ihr Geld als Ährenleserinnen, Spinnerinnen und Mägde. So musste die Frau den kleinen Hof zur Sommerzeit meist allein führen.

Gewissermassen als «Saatgut» zum besseren Leben wirkten die in den 30er Jahre und später gebauten Illwerke, die dann auch dem Tourismus die Erschliessung boten. So dient heute eine für die Kraftwerke erstellte Schrägbahn uns «Touristen», um das Montafon von der Höhe aus zu betrachten. Wie wir anlässlich dieses Ausfluges erfuhren, bestimmen heute neben den Kraftwerken auch die (meist auswärtigen) Kapitalgeber der Seilbahnen massgeblich die Montafoner Politik — ohne den alt-neuen Einfluss der katholischen Kirche zu vergessen. Doch die Genossen im Montafon scheinen sich mit den Wider-